SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Relative Einkommensarmut bei Kindern in Deutschland

Weick, Stefan

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Weick, S. (1998). Relative Einkommensarmut bei Kindern in Deutschland. *Zeitschrift für Familienforschung*, *10*(2), 75-102. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-291268

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Stefan Weick

Relative Einkommensarmut bei Kindern in Deutschland

Zusammenfassung
Auf Basis der Daten des Sozio-ökonomischen Panels wird in diesem Beitrag relative Einkommensarmut in den alten und neuen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland bei Kindern unter 18 Jahren untersucht. Für die alten Bundesländer zeigt sich seit 1984, anders als es Ergebnisse der Sozialhilfestatistik vermuten lassen, keine Tendenz zur einer erheblichen Zunahme des Anteils von Kindern in einkommensarmen Haushalten. Allerdings ist in den neunziger Jahren bei Kindern mit ausländischem Haushaltsvorstand eine Zunahme des Anteils in relativer Einkommensarmut und auch ein Absinken der relativen Einkommensposition zu erkennen. In den neuen Bundesländern hat sich mit der Erhöhung des Einkommensniveaus im Transformationsprozeß auch der Bevölkerungsanteil unter der 50-%-Einkommensschwelle deutlich erhöht, insbesondere bei Kindern. Die Analyse individueller Längsschnitte zeigt, daß das Absinken in Einkommensarmut meist kein Zustand ist, sondern eher eine Phase im Lebensverlauf. Bei Kindern ist diese Phase allerdings langandauernder als bei Volljährigen. Zeiten der Armut gehen mit erheblichen Verlusten beim Haushaltseinkommen einher und resultieren nicht nur aus geringen Einkommensschwankungen. Während das Armutsrisiko bei Vielkindfamilien im Zeitverlauf gesunken ist, ist es bei Kindern in Alleinerziehendenhaushalten auch Mitte der neunziger Jahre unverändert hoch.

Schlagworte: Kinder, Lebensbedingungen, Einkommensungleichheit, Armut, Kinderarmut, einkommensschwache Haushalte.

Abstract
With the data of the German Socio-Economic Panel Study, relative income poverty among children younger than 18 years is analysed for East- and West-Germany seperately. In West Germany there is no decrease of the proportion of children living in poverty. But among the foreign children in West Germany the proportion in poverty increased in the nineties. At the same time the relative income position of poor foreign children decreased. During the social and economic transformation process in East Germany the proportion of children in relative income poverty decreased, but didn't reach the West German level. The longitudinal perspective shows, that a decline in income poverty is mostly a phase of the life cycle and in most cases not permanent. But children tend to live longer in income poverty than adults. Times of poverty do not result only of small income changes. The poverty risk of children in larger families decreased since 1984, but it still remains on a high level for children in single parent families.

Keywords: living conditions of children, income inequality, low income families, child poverty.

Einleitung

Lebensbedingungen von Kindern finden in jüngerer Zeit zunehmende Aufmerksamkeit in der sozialwissenschaftlichen Forschung und insbesondere auch in der Medienberichterstattung. In den jüngsten Familienberichten der Bundesregierung wird die familiale Situation von Kindern breiter thematisiert als früher (vgl. Leu, 1997, S. 82). Auch in der neueren Sozialberichterstattung des Statistischen Amtes der Europäischen Union wird die materielle Lage von Kindern in den Ländervergleich einbezogen (EUROSTAT, 1998). Eine kontinuierliche Sozialberichterstattung über Kinder in Deutschland konnte allerdings bisher noch nicht etabliert werden (vgl. Nauck, 1997). Es wird von einer zunehmenden „Infanitilisierung der Armut" gesprochen (vgl. Hauser, 1995; Nauck, 1997). Gemeint ist damit, daß ein steigender Anteil von Kindern in Haushalten lebt, die von Armut betroffen sind. Ausgangspunkt dieser Diskussion sind Ergebnisse der Sozialhilfestatistik, die eine Umkehrung der Altersrisikostruktur des Sozialhilfebezugs aufzeigen (Hauser, 1997, S. 31f; Nauck, 1997, S. 181; Statistisches Bundesamt, 1998, S. 2). Während in den alten Bundesländern noch in den 60er Jahren vor allem ältere Menschen Sozialhilfeempfänger waren, sind es mittlerweile in erster Linie Kinder. Bei Minderjährigen lag die Quote für den Sozialhilfebezug in den neunziger Jahren nahezu doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung.

Die Sozialhilfestatistik erfaßt nur Personen, die den gesetzlichen Anspruch auf Leistungen geltend machen. Nicht geltend gemachte Ansprüche (verdeckte Armut) sowie die Einkommensverteilung in der Gesamtbevölkerung bleiben bei dieser Perspektive unberücksichtigt. In diesem Beitrag wird die gesamtgesellschaftliche Einkommensverteilung in die Analyseperspektive einbezogen. Dargestellt wird die Entwicklung von relativer Einkommensarmut bei Kindern in Deutschland seit Mitte der achtziger Jahre. Diese Betrachtungsweise wird ergänzt durch individuelle Längsschnittanalysen zum Ausmaß und zur Intensität von Einkommensarmut. Weiterhin wird untersucht, inwieweit sich die Familienformen von Kindern unterhalb und oberhalb der Armutsschwelle unterscheiden.

Messung relativer Einkommensarmut

Das materielle Wohlstandsniveau von Personen und Haushalten und damit auch von Kindern wird in erster Linie durch das zur Verfügung stehende Einkommen bestimmt. Neben dem Einkommen aus Erwerbstätigkeit kommt in den westlichen Wohlfahrtsstaaten dem Einkommen aus Transferleistungen aus dem System der sozialen Sicherung ein erheblicher Stellenwert zu. Das Haushaltseinkommen stellt ein summarisches Maß für die verschiedenen Einkommensarten, die in einen Haushalt einfließen, dar (z.B. Arbeitseinkommen, Renten, Kindergeld, Sozialhilfe usw.). Als Einkommensindikator wird in dieser Untersuchung ein bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen (Äquivalenzeinkommen) verwendet.

Der Bedarfsgewichtung liegt die Annahme zugrunde, daß in größeren Haushalten, als gemeinsam wirtschaftende Einheiten, der finanzielle Bedarf pro Haushaltsmitglied geringer ist als in kleinen Haushalten. Ungleichheiten in der Verteilung der materiellen Ressourcen innerhalb eines Haushaltes werden dabei nicht berücksichtigt. In deutschen Untersuchungen zu relativer Einkommensarmut ist eine Bedarfsgewichtung entsprechend der Regelsatzproportionen der Sozialhilfe (BSHG-Skala) gebräuchlich (vgl. z.B. Hanesch, 1994; Krause, 1997). Entsprechend der Haushaltsgröße wird das monatliche Haushaltseinkommen durch die Summe von Personengewichten aller Haushaltsmitglieder (Haushaltsvorstand „1", weitere Personen zwischen „0,5" und „0,8") dividiert.[1] Diese Personengewichte bilden die Äquivalenzskala, die festlegt, welche prozentuale Erhöhung des Haushaltseinkommens erforderlich ist, damit beim Hinzukommen weiterer Personen in einen Haushalt der materielle Wohlstand dieses Haushaltes auf dem gleichen Niveau bleibt.

Deutlich geringer als bei der BSHG-Skala werden weitere Haushaltsmitglieder bei Verwendung der modifizierten OECD-Skala gewichtet, die seit 1995 von EUROSTAT verwendet wird (EUROSTAT, 1997; 1. Person „1"; weitere Erwachsene „0,5"; Kinder „0,3"). Das bedeutet, es werden stärkere Ersparnisse durch die gemeinsame Haushaltsführung angenommen als bei der BSHG-Skala. Für die Auswahl eines Berechnungsverfahrens gibt es keine allgemeingültigen Regeln oder politische Vorgaben. Unterschiedliche Berechnungsweisen haben zum Teil erhebliche Konsequenzen für die Höhe von Armutsquoten, aber auch für die Sozialstruktur der Armutspopulation (vgl. Faik, 1995).

Ein weiteres Problem stellt die Berechnung einer Armutsschwelle dar, die ebenfalls nicht frei von normativen Annahmen ist. In der Armutsberichterstattung wird eine Abgrenzung von relativer Einkommensarmut meist bei 50% des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens vorgenommen. Während in den USA häufig auch der Median der Äquivalenzeinkommen zur Abgrenzung von Schwellenwerten verwendet wird, wird in deutschen Armutsuntersuchungen sowie auf europäischer Ebene von EUROSTAT das arithmetische Mittel benutzt (vgl. Hauser, 1997; EUROSTAT, 1997). Weiterhin können Durchschnitte sowohl über Haushalte als auch über Personen ermittelt werden.

Datenbasis

Als Datengrundlage für die Einkommensanalysen dient das Sozio-ökonomische Panel (SOEP), eine bevölkerungsrepräsentative Wiederholungsbefragung, die seit 1984 jährlich in den alten Bundesländern bei deutschen und ausländischen Haushalten durchgeführt wird (vgl. Projektgruppe Sozio-ökonomisches Panel, 1995). Seit 1990 wird auch Ostdeutschland (damals noch DDR) in die Längsschnittunter-

1 Personengewichte: Haushaltsvorstand 1; Personen ab 19 Jahren 0.8, 15-18 Jahre 0.9, 8-14 Jahre 0.65, bis 7 Jahre 0.55, Alleinerziehende mit Kind bis 7 Jahre 0.55 (vgl. Bundessozialhilfegesetz §22 u. §23).

Gruppe der Migranten mitberücksichtigt werden, die bislang im SOEP nicht systematisch erfaßt werden konnten (Schupp & Wagner, 1995). 1996 konnten Angaben für mehr als 17.000 Personen ausgewertet werden. Die Untersuchung erlaubt es, neben der Einbeziehung der ausländischen Bevölkerung sowohl die Entwicklung im Trendverlauf aus der Perspektive wiederholter Querschnittbefragungen als auch individuelle Verläufe von Personen und Haushalten im Längsschnitt zu beobachten. Im SOEP werden alle Personen ab 16 Jahren in Privathaushalten, differenziert nach Teilstichproben, befragt. Zur Gesamtstichprobe gehören allerdings auch Kinder unter 16 Jahren.

Im Sozio-ökonomischen Panel wird beim Haushaltsvorstand das monatliche Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder erfragt.[2] Die Berechnungen zur Einkommensverteilung wurden auf Basis der Stichprobe einschließlich der Kinder unter 16 Jahren durchgeführt. Als Abgrenzung für relative Einkommensarmut wird 50% des arithmetischen Mittels der Äquivalenzeinkommen aller Stichprobenpersonen in den jeweiligen Befragungsjahren verwendet. Zur Bedarfsgewichtung werden die Regelsatzproportionen der Sozialhilfe verwendet, ergänzend hierzu wird für die Trendbetrachtung auch die modifizierte OECD-Skala benutzt. Die Schwellenwerte zur Abgrenzung der Armutspopulation werden für alte und neue Bundesländer separat ermittelt.

Verteilung auf Einkommensvielfache

Relative Einkommensarmut wird zunächst im Spektrum der Verteilung der Haushaltseinkommen insgesamt betrachtet. In diesem Zusammenhang wird untersucht, wie sich Kinder und Erwachsene in Ost- und Westdeutschland zu drei Untersuchungszeitpunkten auf verschiedene Bereiche von relativen Einkommenspositionen über die gesamte Einkommensspanne verteilen. Einkommensvielfache sind als Bereiche von Vielfachen des Gesamtdurchschnitts der Äquivalenzeinkommen definiert. Der Bereich „< 0,5" entspricht damit dem Bevölkerungsanteil in relativer Einkommensarmut (einkommensschwachen Haushalten).

Die Verteilung über Einkommensvielfache zum Durchschnittseinkommen zeigt, daß Kinder unter 18 Jahren in den unteren Einkommensbereichen (< 0,75) gegenüber der erwachsenen Bevölkerung überrepräsentiert und in den Bereichen über dem Durchschnittseinkommen (> 1,0) unterrepräsentiert sind (vgl. Tabelle 1). Auf der Basis der BSHG-Skala treten diese Differenzen deutlicher hervor als bei der OECD-Skala.

Tabelle 1: Bevölkerungsanteil in einkommensschwachen Haushalten nach Ein-

2 Frage im Haushaltsfragebogen: „Wenn man mal alles zusammennimmt: Wie hoch ist das monatliche Haushaltsnettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder heute? Bitte geben Sie den monatlichen Netto-Betrag an, also nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben. Regelmäßige Zahlungen wie Wohngeld, Kindergeld, BAföG, Unterhaltszahlungen usw. rechnen Sie bitte dazu! .....DM im Monat".

Tabelle 1: Bevölkerungsanteil in einkommensschwachen Haushalten nach Einkommensvielfachen; Berechnung auf der Basis einer getrennten Einkommensverteilung für West- und Ostdeutschland

	1984		1990				1996			
	West		West		Ost		West		Ost	
	unter 18 J.	über 18 J.	unter 18 J.	über 18 J.	unter 18 J.	über 18 J.	unter 18 J.	über 18 J.	unter 18 J.	über 18 J.
nach BSHG[1]										
< 0,5	20,5	10,5	17,6	8,7	5,1	2,8	15,2	8,6	8,5	4,0
0,5-0,75	34,6	21,9	37,1	22,6	24,7	19,6	37,3	22,4	32,3	18,6
0,75-1	24,4	26,2	25,2	24,5	38,0	28,9	26,0	24,1	36,0	27,9
1-1,25	12,0	16,8	12,2	19,6	23,3	25,7	13,6	18,4	14,7	24,1
1,25-1,5	5,2	10,8	4,0	10,9	6,7	13,7	4,0	11,8	5,5	15,3
> 1,5	3,4	13,8	3,9	13,8	2,0	9,4	3,9	14,9	2,9	10,1
nach OECD[2]										
< 0,5	12,1	9,0	8,9	7,0	3,3	5,1	10,6	8,3	6,0	3,8
0,5-0,75	31,5	22,2	34,0	22,6	17,5	19,5	28,5	21,0	25,3	18,5
0,75-1	29,2	27,8	30,8	26,2	34,0	26,1	32,9	28,1	31,6	28,0
1-1,25	13,7	17,8	13,2	20,7	30,4	26,0	15,6	18,2	23,3	29,2
1,25-1.5	7,7	10,8	7,1	11,2	11,6	16,2	6,5	11,6	9,7	11,8
> 1,5	5,8	12,4	6,0	12,3	3,2	7,1	5,9	12,9	4,0	8,7

1 Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe.
2 Personengewichte basieren auf modifizierter OECD-Skala.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Die größten Anteile der Kinder in Westdeutschland findet man nach der BSHG-Skala über die Jahre hinweg in dem Bereich über der Armutsschwelle von 50% bis 75% des durchschnittlichen Einkommens, während in Ostdeutschland der Bereich knapp unter dem Durchschnittseinkommen, von 75% bis 100%, am stärksten besetzt ist. Dabei ist bei ostdeutschen Kindern im Untersuchungszeitraum in den Einkommenspositionen über dem Durchschnitt ein Rückgang zu erkennen und in den beiden unteren Einkommenspositionen (< 0,5; 0,5-0,75) eine Zunahme zu beobachten. Vor allem Minderjährige konnten also nicht in vollem Umfang an den Einkommenszuwächsen im ostdeutschen Transformationsprozeß teilhaben und sind Mitte der neunziger Jahre vermehrt im unteren Einkommensbereich zu finden.

Quoten für die Teilpopulation Kinder reagieren besonders sensibel auf die Verwendung verschiedener Äquivalenzskalen. Die Berechnung nach der BSHG-Skala (Bezug arithmetisches Mittel) führt für Kinder zu vergleichsweise hohen Quoten, die etwa doppelt so hoch liegen wie bei der Teilpopulation der Erwachsenen (vgl. Tabelle 1). Die Berechnungen auf der Basis der modifizierten OECD-Skala führen

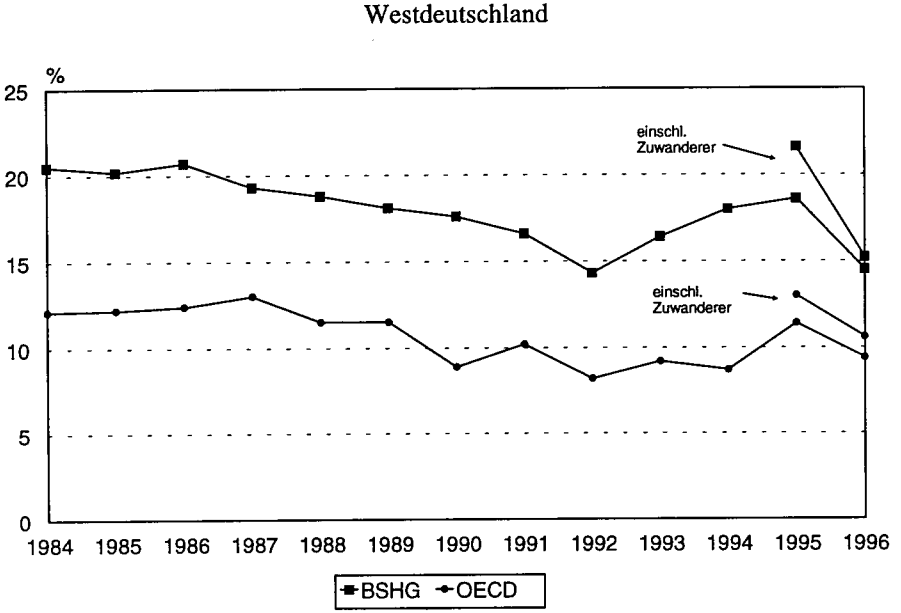
zu deutlich niedrigeren Quoten für Kinder, die auch näher an den Quoten der Bevölkerung ab 18 Jahren liegen. Es zeigt sich, daß der Anteil von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren unterhalb der 50-%-Schwelle erheblich stärker vom Berechnungsverfahren abhängt als der entsprechende Anteil in der Gesamtbevölkerung.

Entwicklung der relativen Einkommensarmut bei Kindern

Anhand einer Zeitreihe wird nun die Entwicklung von relativer Einkommensarmut bei Kindern im Trendverlauf untersucht. In den alten Bundesländern zeigen die verwendeten Berechnungsverfahren im Untersuchungszeitraum, anders als die Sozialhilfeanteile, keinen Trend zu einem dramatischen Anstieg des Anteils von Kindern unterhalb der 50-%-Schwelle. Die Quote auf Basis der BSHG-Skala fällt in Westdeutschland von über 20% Mitte der 80er Jahre auf unter 15% 1992. Nach dem jüngsten Anstieg der Quoten bis 1995 ist bereits ein Jahr später wieder ein Absinken zu beobachten.[3]

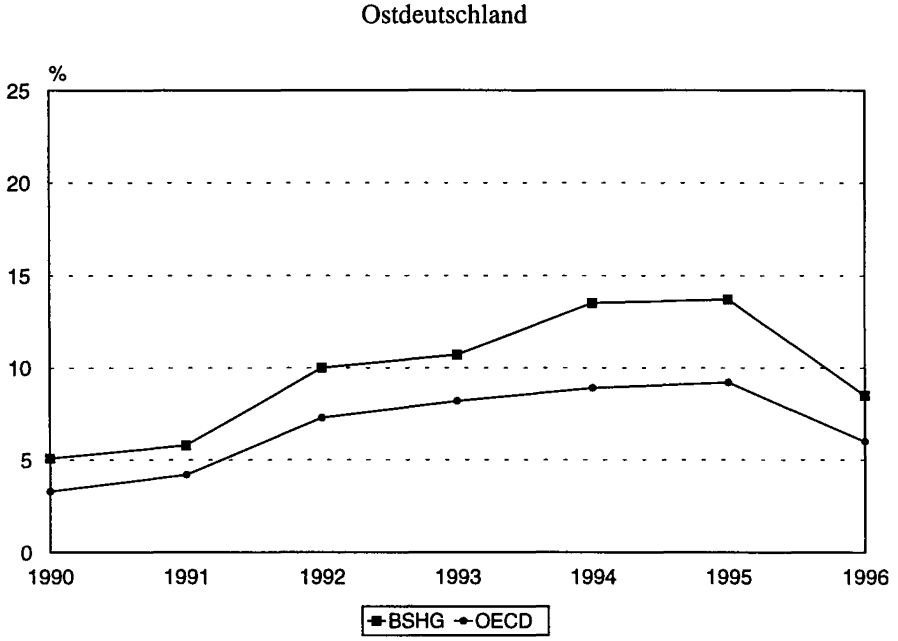
3 Im SOEP konnten nach 1984 nur noch Migranten im Rahmen des Familiennachzuges in Privathaushalten erfaßt werden. Neue Migrantengruppen konnten dabei kaum in die Stichprobe gelangen. Um hier Abhilfe zu schaffen wurde eine Zuwandererstichprobe im SOEP aufgenommen (Schupp und Wagner 1995), die ab 1995 in die Berechnungen einbezogen wurde. Die Einbeziehung dieser jüngsten Stichprobe führt insbesondere 1995 zu höheren Quoten als ohne deren Berücksichtigung. Auch auf Basis der OECD-Skala sind die Quoten relativer Einkommensarmut für ausländische Kinder zum Teil mehr als doppelt so hoch wie für deutsche Kinder.

Abbildung 1: Bevölkerungsanteil unter 18 Jahren in einkommensschwachen Haushalten 1984-1995
Berechnung auf der Basis einer getrennten Einkommensverteilung für West- und Ostdeutschland



Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Abbildung 2: Bevölkerungsanteil unter 18 Jahren in einkommensschwachen Haushalten 1984-1995
Berechnung auf der Basis einer getrennten Einkommensverteilung für West- und Ostdeutschland



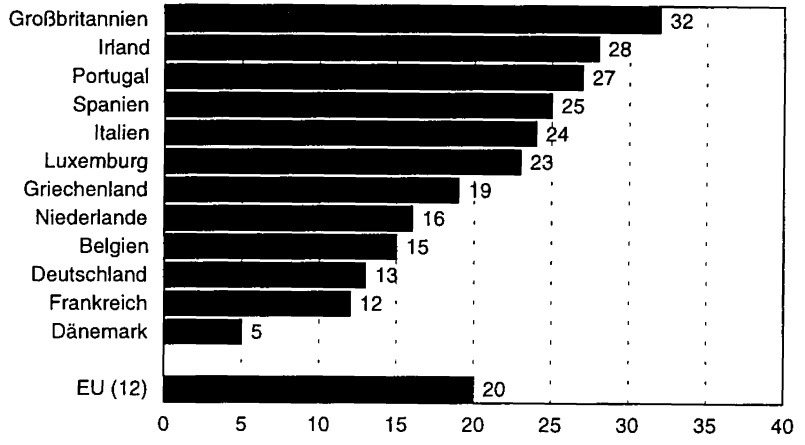
Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Der ostdeutsche Transformationsprozeß seit der Wirtschafts- und Währungsunion hat neben einer neuen Währung auch erhebliche Veränderungen der Preisstruktur für Güter und Dienstleistungen mit sich gebracht. Dies ist bei der ostdeutschen Entwicklung zu berücksichtigen (vgl. Müller, Hauser et al., 1995). Entsprechend der vergleichsweise geringen Ungleichheit in der Einkommensverteilung in der früheren DDR findet man 1990 (in DDR-Mark) auf der Basis der BSHG-Skala mit 5,1% einen erheblich niedrigeren Anteil von Kindern unterhalb der 50-%-Schwelle als in Westdeutschland (17,6%). 1992 ist ein sprunghaftes Anwachsen der Quote auf Basis der BSHG-Skala (10%) für ostdeutsche Kinder zu verzeichnen. 1996 ist in den neuen Bundesländern erstmals ein Absinken der Quote (8,5%) zu beobachten.

Relative Einkommensarmut bei Kindern im europäischen Vergleich

Ein Vergleich der Anteile von Kindern in einkommensschwachen Haushalten (OECD-Skala) zwischen den Ländern der Europäischen Union (EU) auf Basis des Europäischen Haushaltspanels (ECHP), zeigt Deutschland mit 13% im unteren Bereich (vgl. Abbildung 3). Der EU-Durchschnitt liegt bei 20%. Eine besonders hohe Quote findet man in Großbritannien mit mehr als 30%.[4]

Abbildung 3: Prozentuale Anteile von Kindern[1] in einkommensschwachen[2] Haushalten in der Europäischen Union 1993



1 Personen im Alter unter 16 Jahren.
2 Unter 50 Prozent des Nettoäquivalenzeinkommens (OECD-Skala).
Quelle: EUROSTAT (1997, S. 4).

Relative Einkommensarmut in den alten Bundesländern nach Nationalität

Der sinkende Bedarf an ausländischen Arbeitskräften und die Veränderungen bei der Migration in die Bundesrepublik drücken sich auch in den Maßnahmen zur Armutsbekämpfung aus. Die Sozialhilfestatistik zeigt bezüglich der Nationalitätsstruktur seit dem Anfang der 80er Jahre deutliche Veränderungen auf: Während die Quote von ausländischen Sozialhilfeempfängern 1980 noch etwa gleich hoch

4 Differenzen zu den Ergebnissen des Sozio-ökonomischen Panels für 1993 ergeben sich aus der unterschiedlichen Altersabgrenzung, den unterschiedlichen Datengrundlagen und einer anderen Operationalisierung des Haushaltseinkommens (vgl. EUROSTAT 1997).

lag wie bei der deutschen Bevölkerung hat sie sich bis Anfang der 90er Jahre etwa verfünffacht (vgl. Beck, 1994, S. 560).

Im Sozio-ökonomischen Panel wurde 1984 auch eine Ausländerstichprobe einbezogen und 1994/95 durch eine Zuwandererstichprobe ergänzt. Dies erlaubt es auch separat für Ausländer in der Bundesrepublik Auswertungen auszuweisen[5]. Bei einer Betrachtung der relativen Armutsquoten nach der Nationalität für Westdeutschland ergeben sich deutliche Unterschiede im Anteil von Kindern unterhalb der 50-%-Einkommensschwelle. Insbesondere bei Berechnungen auf der Basis der BSHG-Skala findet man einen hohen Anteil von ausländischen Kindern in relativer Einkommensarmut (vgl. Tabelle 2): Ihr Anteil liegt über die Beobachtungsjahre hinweg zwischen 28% 1991 und sogar 45% im Jahr 1995. Allerdings liegt bereits 1996 die Quote mit 32,5% wieder näher beim langfristigen, immer noch hohen Niveau. Damit befindet sich etwa ein Drittel der ausländischen Kinder in einkommensschwachen Haushalten. Für Kinder mit deutschem Haushaltsvorstand liegt die Quote deutlich niedriger als bei ausländischem Haushaltsvorstand, und im Vergleich zu 1984 sind in den 90er Jahren sogar gesunkene Quoten zu beobachten: Sie lag 1984 bei 18,6% und 1996 bei 12,4%. Bei ausländischen Kindern sind sowohl auf Basis der BSHG-Skala als auch der OECD-Skala mehr als doppelt so hohe Armutsquoten zu erkennen als bei deutschen Kindern. Beide Berechnungsverfahren identifizieren ein besonders hohes Risiko ausländischer Kinder in relative Einkommensarmut zu fallen.

5 Der Familiennachzug aus den früheren Anwerbeländern für Gastarbeiter wurde durch das Stichprobenkonzept im weiteren Untersuchungsverlauf berücksichtigt. Weitere Personengruppen, die nach 1984 aus dem Ausland nach Westdeutschland verstärkt zuwanderten, konnten allerdings kaum in die Stichprobe gelangen. Im Verlauf der Panelstudie wurde diese Lücke geschlossen. Seit 1995 kann im Sozio-ökonomischen Panel mit der Zuwandererstichprobe auch der Zuzug weiterer Personengruppen (z. B. Asylbewerber, Aussiedler) berücksichtigt werden (vgl. Projektgruppe Sozio-ökonomisches Panel 1995; Rendtel und Daschke 1995).

Tabelle 2: Bevölkerungsanteil in einkommensschwachen Haushalten in Westdeutschland nach Nationalität des Haushaltsvorstandes

	BSHG[1]		OECD[2]	
	unter 18 Jahre		unter 18 Jahre	
	Deutsche[4]	Ausländer[5]	Deutsche	Ausländer
1984	18,6	37,1	11,2	19,9
1985	18,5	32,6	11,6	16,8
1986	18,7	33,7	11,1	21,0
1987	16,8	35,8	11,3	24,4
1988	16,9	31,5	10,8	16,1
1989	16,4	29,7	10,9	15,8
1990	15,3	33,8	7,5	18,0
1991	15,0	28,4	9,6	14,0
1992	12,4	29,5	7,4	15,3
1993	14,5	30,8	8,4	14,6
1994	16,3	32,0	7,9	17,2
1995[6]	15,8	34,5	10,1	22,8
1996[6]	12,9	26,9	8,0	18,3
1995[7]	17,1	45,0	9,4	36,6
1996[7]	12,4	32,5	7,8	27,3

1 Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe.
2 Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf der modifizierten OECD-Skala.
4 Deutscher Haushaltsvorstand.
5 Ausländischer Haushaltsvorstand.
6 Bezogen auf Westdeutschland ohne Berücksichtigung der Zuwandererstichprobe.
7 Bezogen auf Westdeutschland mit Berücksichtigung der Zuwandererstichprobe.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Relative Einkommensarmut bei Kindern von Aussiedlern

Seit Mitte der 80er Jahre hat die Zuwanderung von deutschstämmigen Aussiedlern aus Osteuropa in die Bundesrepublik erheblich zugenommen. Auch Aussiedler unterscheiden sich bezüglich ihrer Lebensformen deutlich von der nicht zugewanderten deutschen Bevölkerung. Insbesondere leben sie überwiegend in Kernfamilien mit Kindern. Trotz verschiedener Maßnahmen zur Eingliederung von Aussied-

lern, erweist sich vor allem die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit als schwierig und langwierig (vgl. Weick, 1996b). Diese Personengruppe erhält in der Regel umgehend die deutsche Staatsbürgerschaft und kann somit vielfach nicht mehr separat untersucht werden. Mit Hilfe der Zuwandererstichprobe des Sozio-ökonomischen Panels kann nun auch diese Personengruppe gesondert analysiert werden.

Tabelle 3: Anteil von Aussiedlern in einkommensschwachen Haushalten 1995

	1995						
	BSHG[1]				OECD[2]		
	unter 40%	unter 50%		unter 60%	unter 50%		unter 50%[3]
	MW	MW	MD	MW	MW	MD	MD
unter 18 Jahre	25,4	43,8	29,3	68,4	24,4	12,3	7,4
über 18 Jahre	11,2	25,9	14,8	48,7	17,9	9,3	9,8

1 Unter 40, 50, 60% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens (MW) bzw. des Mediannettoäquivalenzeinkommens (MD) pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe.
2 Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens (MW) bzw. des Mediannettoäquivalenzeinkommens (MD) pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf modifizierter OECD-Skala.
3 Unter 50% des Mediannettoäquivalenzeinkommens (MD); Gewichte basieren auf der Äquivalenzskala von Rainwater und Smeeding (1995).

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Bei Zugrundelegung der BSHG-Skala findet man bei der Teilpopulation von Aussiedlern Anteile unterhalb der 50-%-Schwelle, die sowohl bei Kindern (43,8%) als auch bei Erwachsenen (25,9%) etwa doppelt so hoch sind wie in den entsprechenden Altersgruppen der Gesamtpopulation (vgl. Tabelle 3). Auch wenn man die OECD-Skala zugrunde legt, erhält man Quoten, die etwa doppelt so hoch sind wie bei der Gesamtpopulation, wenn auch auf niedrigerem Niveau. Damit haben insbesondere Kinder dieser Zuwanderergruppe ein ähnlich hohes Armutsrisiko wie Ausländerkinder.

Entwicklung der Distanz zur Armutsschwelle

Quoten von Bevölkerungsteilen in relativer Einkommensarmut geben keinen Hinweis über den Einkommensabstand zum Schwellenwert. Eine andere Meßziffer, das „Armuts-Lückenverhältnis", mißt hingegen die Distanz zur Armutsschwelle. Der Indikator kann – multipliziert mit 100 – als das prozentuale Zurückbleiben des

Durchschnittseinkommens der Untersuchungseinheiten in einkommensschwachen Haushalten unter dem Schwellenwert interpretiert werden (vgl. Faik, 1995, S. 318).

Tabelle 4: Lückenverhältnis zum Schwellenwert[1] in Westdeutschland 1984-1996

	Westdeutschland								
	gesamt	unter 18 J.	über 18 J.	Deutsche Haushalte			Ausländische Haushalte		
				gesamt	unter 18 J.	über 18 J.	gesamt	unter 18 J.	über 18 J.
1984	0,22	0,21	0,22	0,22	0,21	0,22	0,22	0,21	0,23
1990	0,21	0,18	0,22	0,21	0,17	0,22	0,20	0,20	0,20
1994	0,21	0,18	0,23	0,21	0,18	0,23	0,20	0,19	0,20
1995[2]	0,22	0,22	0,22	0,20	0,20	0,20	0,28	0,31	0,27
1996[2]	0,22	0,23	0,22	0,22	0,21	0,22	0,26	0,30	0,23

1 Bezeichnet das Zurückbleiben des Durchschnittseinkommens zu der 50-%- Einkommensschwelle der Gesamtpersonen; Personengewichte nach den Regelsätzen der Bundessozialhilfe.

2 Mit Berücksichtigung der Zuwandererstichprobe.

Über die Beobachtungsjahre hinweg fällt auf, daß in den alten Bundesländern das Armuts-Lückenverhältnis für Kinder unter 18 Jahren bis 1994 etwas niedriger ist als bei Erwachsenen und nur um wenige Prozentpunkte schwankt (vgl. Tabelle 4). Ab 1995 ist bei der ausländischen Bevölkerung ein Anstieg der Armutslücke auf 30% zu erkennen. Die Krise auf dem Arbeitsmarkt und die ungünstigen Einkommensverhältnisse vieler Migranten macht sich bei ausländischen Kindern besonders stark bemerkbar. Kinder deutschstämmiger Aussiedler unterscheiden sich dagegen bezüglich des Armutslückenverhältnisses nur geringfügig (1995: 0,22) von der westdeutschen einkommensschwachen Bevölkerung.

Tabelle 5: Lückenverhältnis zum Schwellenwert[1] in Ostdeutschland

	Ostdeutschland		
	Gesamt	unter 18 Jahre	über 18 Jahre
1990	0,14	0,13	0,15
1994	0,21	0,19	0,23
1995	0,16	0,15	0,16
1996	0,20	0,20	0,20

1 Bezeichnet das prozentuale Zurückbleiben des Durchschnittseinkommens zu der festgelegten 50-%-Einkommensschwelle der Gesamtpersonen; Personengewichte nach den Regelsätzen der Bundessozialhilfe.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

In Ostdeutschland war das Armuts-Lückenverhältnis bei Kindern bis 1995, ähnlich wie bei deutschen Kindern in der alten Bundesländern, auch geringer als bei Erwachsenen (vgl. Tabelle 5). Bei ostdeutschen Kindern ist im Untersuchungsverlauf ein deutlicher Anstieg der Werte von 0,13 auf 0,20 festzustellen. Nur 1995 war gleichzeitig mit einer höheren Armutsquote ein kurzzeitiger Rückgang des Armutslückenverhältnisses zu erkennen.

Einkommensarmut bei Kindern im individuellen Längsschnitt

Die Querschnittperspektive läßt es offen, ob sich immer dieselben Personen unter der Armutsschwelle befinden oder ob hier eine starke Fluktuation vorherrscht. Während Thesen zur „Zwei-Drittel-Gesellschaft" oder einer „Neuen Armut" Annahmen über dauerhafte Deprivationen machen, wurden diese durch Analysen mit individuellen Längsschnittdaten relativiert (Heady et al., 1990; Leibfried et al., 1995) So erweist sich die Mehrzahl der Sozialhilfebezieher als „Überbrücker", die nur wenige Monate Sozialhilfe bezogen. Haushalte von Ehepaaren mit Kindern haben in der Bundesrepublik eine durchschnittliche Bezugsdauer von Sozialhilfe von nur etwa 15 Monaten (Seewald, 1997, S. 723). Eine Längsschnittstudie zum Sozialhilfebezug in Bremen mit Kindern als Untersuchungseinheiten (Buhr, 1998, S. 77-79), in der kurzzeitige Unterbrechungen des Sozialhilfebezuges in die Gesamtdauer mit einbezogen werden („Bruttodauer"), weist längere Bezugszeiten vor allem bei Kindern in deutschen Haushalten auf. Kinder von Ansässigen, nicht zugewanderten Deutschen, bezogen durchschnittlich zweieinhalb Jahre Sozialhilfe. Bei ansässigen Ausländern war die durchschnittliche Bezugsdauer nur etwa halb so

lange. 28% der deutschen Kinder hatte eine Bezugsdauer von mehr als fünf Jahren.

Die jährliche Wiederbefragung der Untersuchungspersonen im Sozio-ökonomischen Panel erlaubt es, individuelle Längsschnittdaten von Kindern und Erwachsenen in verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu vergleichen. Verfolgt werden nun mit den Daten des Sozio-ökonomischen Panels individuelle Beobachtungen für den Zeitraum von 1991 bis 1995. Verglichen werden Kinder , die während des gesamten Untersuchungszeitraumes unter 18 Jahren waren, mit Befragten, die im ersten Untersuchungsjahr bereits 18 Jahre alt waren. Anhand der Längsschnittstichprobe wird untersucht, ob und wie häufig Untersuchungspersonen im Verlauf der fünf Befragungswellen mit weniger als 50% des durchschnittlichen bedarfsgewichteten Haushaltseinkommens (BSHG) auskommen mußten (vgl. Heady et al., 1990).

Die zeitraumbezogene Auswertung über fünf Befragungsjahre bringt folgende Ergebnisse: Mehr als zwei Drittel (68%) aller Kinder in den alten Bundesländern und drei Viertel (75%) in den neuen Bundesländern lagen „nie" unter der Armutsschwelle (Volljährige: 86% West; 81% Ost; tabellarisch nicht ausgewiesen). Damit ist die Betroffenheit von relativer Einkommensarmut über mehrere Untersuchungsjahre bei Kindern höher als bei Erwachsenen.

Betrachtet man Kinder und Erwachsene mit Armutserfahrung nach der Zahl der Armutsepisoden, findet man die höchsten Anteile bei einem eher kurzfristigen, einmaligen Absinken unter die 50%-Linie: Bei Kindern liegt der entsprechende Anteil bei 47% in Ostdeutschland und bei 32% in Westdeutschland. Diese Anteile liegen jeweils um 10% unter denjenigen von Erwachsenen (vgl. Tabelle 6). Die zweitgrößte Häufigkeit und die geringsten Unterschiede zwischen Minderjährigen und Volljährigen und auch zwischen Ost und West findet man bei 2-maligen Absinken unter die 50-Schwelle mit Anteilen zwischen 23% und 24%. Anders als bei der erwachsenen Bevölkerung sind bei Kindern die höchsten Häufigkeiten (Ost : 4 mal; West: 5 mal) erheblich stärker besetzt.

Tabelle 6: Anteil der Personen, die von 1991-1995 n-mal über weniger als 50% des durchschnittlichen bedarfsgewichteten Haushaltseinkommens[1] verfügten

		n-mal unter dem Schwellenwert					
Schwellenwert			1	2	3	4	5
50-%-Schwelle	Ost						
	Gesamt		53,9	23,1	13,0	10,0	
	unter 18 J.		46,6	24,2	14,8	14,4	
	über 18 J.		57,3	22,6	12,2	7,9	
	West						
	Gesamt		39,5	23,1	15,7	8,4	13,3
	unter 18 J.		31,9	23,1	14,3	11,1	19,6
	über 18 J.		42,1	23,1	16,2	7,5	11,1

1 Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe.
* Fallzahl < 30.

Die Längsschnittperspektive verdeutlicht auch die besondere Problematik der Minderjährigen in Migrantenfamilien. Die Mehrheit der Kinder in ausländischen Haushalten (60%; tabellarisch nicht ausgewiesen) hat mindestens kurzfristig in relativer Einkommensarmut gelebt. Zwar unterschieden sich die Dauer des Absinkens zwischen deutschen und ausländischen Kindern nicht grundlegend, dennoch ist bei Kindern von Migranten seltener kurzfristiges Absinken (1 + 2 mal) unter die 50-%-Schwelle zu erkennen. Dieser Befund steht Ergebnissen der Bremer Untersuchung (Buhr, 1998) gegenüber, die bei ausländischen Kindern nur halb so lange Bezugszeiten bei der Sozialhilfe identifizierten als bei deutschen Kindern. Hier liegt die Vermutung nahe, daß in der ausländischen Bevölkerung Sozialhilfeansprüche häufig nicht durchgängig geltend gemacht werden. Ergebnisse der Sozialhilfestatistik würden in diesem Fall die Armutsdauer von ausländischen Kindern unterschätzen. Bei deutschen Kindern mit Armutserfahrung in den alten Bundesländern fällt auf, daß bei ihnen persistentes Absinken unter die Armutsschwelle (5 mal) etwa doppelt so häufig zu beobachten ist als bei Erwachsenen.

Tabelle 7: Anteil der Personen in Westdeutschland die von 1991-1995 n-mal über weniger als 50% des durchschnittlichen bedarfsgewichteten Haushaltseinkommens[1] verfügten, unterschieden nach Nationalität

		n-mal unter dem Schwellenwert				
Schwellenwert		1	2	3	4	5
50-%-Schwelle	Deutsche					
	Gesamt	43,1	22,2	14,7	9,3	10,7
	unter 18 J.	34,0	24,1	13,0	10,9	17,9
	über 18 J.	46,0	21,6	15,2	8,8	8,4
	Ausländer					
	Gesamt	30,2	24,3	16,2	12,4	16,8
	unter 18 J.	26,7	18,8	20,6	16,9	17,0
	über 18 J.	31,6	26,4	14,5	10,7	16,7

1 Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel, Längsschnittdatensatz 1991-1995.

Armutsverläufe und Einkommenshöhe im Längsschnitt

Armutsuntersuchungen auf Basis der Sozialhilfestatistik können keine Aussagen über die materielle Situation der Haushalte nach Beendigung des Sozialhilfebezuges machen (vgl. Buhr, 1998, S. 80). Die Paneluntersuchung zur relativen Einkommensarmut erlaubt dagegen die Berücksichtigung der Einkommenssituation in „Nichtarmutszeiten". Im folgenden wird der Einkommensabstand von der Armutsschwelle anhand individueller Längsschnittdaten über fünf Panelwellen hinweg untersucht. Somit können Veränderungen der Einkommenspositionen im Untersuchungszeitraum berücksichtigt werden. Dabei steht die Problematik im Vordergrund, ob Betroffene vor und nach dem Absinken unter die Armutsschwelle in Armutsnähe leben oder nicht. Betrachtet wird die Einkommenshöhe relativ zur Armutsschwelle, hier als Mittelwert über mehrere Beobachtungsjahre hinweg. Werte unterhalb der 50-%-Schwelle werden als Armutslücke (mit negativem Vorzeichen) bezeichnet und Werte oberhalb der 50-%-Schwelle als Wohlstandsspanne. Die beiden Maßzahlen können, multipliziert mit 100, auch als prozentuale Abweichung vom Schwellenwert interpretiert werden (vgl. Tabelle 8). In der ersten Spalte wird der Durchschnitt über die fünf Befragungszeitpunkte ausgewiesen, in den beiden weiteren Spalten wird zwischen Jahren oberhalb und unterhalb der 50-%-

Schwelle unterschieden. Eine Wohlstandsspanne von eins (= Schwellenwert + 100%) entspricht dem durchschnittlichen Einkommen der Längsschnittstichprobe über alle fünf Beobachtungsjahre.

Mit zunehmender Armutshäufigkeit verschlechtert sich erwartungsgemäß die relative Einkommensposition über alle fünf Beobachtungszeitpunkte (Spalte 1). Bei Kindern und Volljährigen findet man in Zeiten unter der Armutsschwelle Einkommenslücken (Spalte 2), die zwischen 12% und 24% unter dem Schwellenwert liegen. Bei langfristigem Absinken unter die Armutsschwelle (3 +) sind auch die Einkommensabstände zur Armutsschwelle am höchsten. Bei Kindern betragen in dieser Gruppe die Armutslücken in Zeiten der Armut 20% in den alten und 22% in den neuen Bundesländern. In Westdeutschland findet man bei Erwachsenen durchgängig größere Armutslücken als bei Kindern mit Differenzen zwischen 6% und 2%.

Ein Absinken in den Armutsbereich geht mit erheblichen Verlusten beim Haushaltseinkommen einher. Dies zeigt der Vergleich der Einkommenspositionen von Armutszeiten mit Nichtarmutszeiten (Spalten 2 + 3). In den Zeiten über der 50-%-Schwelle zeigt sich folgendes: Die Wohlstandspannen von Kindern mit Armutsepisoden liegen zwischen 20% und 38% über der Armutsschwelle in den alten Bundesländern sowie zwischen 36% und 46% in den neuen Bundesländern. In „Nichtarmutszeiten" liegen somit die Einkommen auch bei Kindern mit „Armutserfahrung" in deutlichem Abstand zur Armutsschwelle.

Kinder, die im Untersuchungszeitraum „nie" unter der Armutsschwelle lagen, weisen mit 80% in den alten Bundesländern und 94% in den neuen Bundesländern eine deutlich höhere Wohlstandsspanne auf als Kinder mit Armutsepisoden. Das bedeutet auch, daß Kinder mit Armutserfahrung in Nichtarmutszeiten zwar deutlich über der Armutsschwelle liegen, daß aber ein erheblicher Einkommensabstand zu Kindern ohne Armutserfahrung besteht.

Während die Unterschiede in den Einkommenspositionen zwischen Kindern und Erwachsenen in Armutszeiten meist weniger stark variieren, sind in Nichtarmutszeiten die Differenzen größer. Volljährige liegen in Nichtarmutszeiten in den jeweiligen Gruppen höher über der Armutsschwelle als Minderjährige. Eine Ausnahme bildet hier ein persistentes Absinken (3 mal und mehr) in den neuen Bundesländern mit einer Wohlstandsspanne von nahezu 40% für Kinder und Erwachsene. Somit erzielen ostdeutsche Haushalte mit Kindern auch bei persistenten Armutsverläufen in Nichtarmutszeiten höhere Einkommenspositionen als in Westdeutschland. Auffallend ist die große Wohlstandsspanne von Erwachsenen ohne Armutserfahrung.

Tabelle 8: Wohlstandsspannen und Armutslücken 1991-1995 bei unterschiedlichen Armutsverläufen

Anzahl der Jahre unter 50-%-Schwelle[1]		Wohlstandsspanne/ Armutslücke über alle Jahre	Armutslücke Jahre unter der 50-%-Schwelle	Wohlstandsspanne Jahre über der 50-%-Schwelle
0	West			
	Gesamt	1,24		1,24
	unter 18 J.	0,80		0,80
	über 18 J.	1,32		1,32
	Ost			
	Gesamt	1,14		1,14
	unter 18 J.	0,94		0,94
	über 18 J.	1,18		1,18
1	West			
	Gesamt	0,44	-0,14	0,58
	unter 18 J.	0,28	-0,14	0,38
	über 18 J.	0,48	-0,16	0,62
	Ost			
	Gesamt	0,44	-0,18	0,60
	unter 18 J.	0,34	-0,18	0,46
	über 18 J.	0,50	-0,18	0,66
2	West			
	Gesamt	0,18	-0,18	0,42
	unter 18 J.	0,14	-0,12	0,32
	über 18 J.	0,20	-0,18	0,46
	Ost			
	Gesamt	0,18	-0,18	0,44
	unter 18 J.	0,14	-0,18	0,36
	über 18 J.	0,22	-0,18	0,48
3+	West			
	Gesamt	-0,12	-0,22	0,26
	unter 18 J.	-0,14	-0,20	0,20
	über 18 J.	-0,10	-0,22	0,30
	Ost			
	Gesamt	-0,04	-0,22	0,38
	unter 18 J.	-0,04	-0,22	0,38
	über 18 J.	-0,04	-0,24	0,38

1 Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel, Längsschnittdatensatz 1991-1995.

Haushalts- und Familienformen

Im Bereich der Haushalts- und Familienformen sind in den alten und neuen Bundesländern erhebliche Veränderungen zu beobachten (vgl. Weick, 1997). Dies hat auch Veränderungen für die Lebensformen von Kindern mit sich gebracht, z. B. die Zunahme des Anteils in Alleinerziehendenhaushalten. Im folgenden stehen die Fragen im Vordergrund, ob Kinder in einkommensschwachen Haushalten in anderen Haushaltsformen leben als Kinder in einkommensstärkeren Haushalten und welche Armutsquoten für verschiedene Lebensformen zu beobachten sind.

Tabelle 9: Verteilung von Personen unter 18 Jahren mit weniger/mehr als 50% des durchschnittlichen Haushaltseinkommens auf verschiedene Haushaltsformen

	1984		1990				1996			
	West		West		Ost		West		Ost	
	unter 50%[1]	über 50%	unter 50%	über 50%	unter 50%	über 50%	unter 50%	über 50%	unter 50%	über 50%
	%									
Paare mit Kindern	76,3	90,6	75,6	88,6	61,4	87,5	69,2	88,1	66,3	83,4
Alleinerziehende	14,4	5,8	18,1	6,1	34,3	8,1	24,5	6,9	20,4	8,7
Sonstige[2]	9,3	3,6	6,2	5,1	4,3	4,4	6,1	4,9	13,3	7,9

1 Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.
2 Vor allem Mehrgenerationenfamilien.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

In Tabelle 9 ist die Verteilung von Kindern über und unter der 50-%-Schwelle auf verschiedene Haushaltstypen ausgewiesen. Zu allen drei Beobachtungszeitpunkten befinden sich sowohl unter als auch über der 50-%-Schwelle die meisten Kinder in Haushalten von Ehe- oder Lebenspartnern. Dennoch sind Unterschiede zwischen den verschiedenen Einkommenspositionen zu erkennen: Kinder in einkommensschwachen Positionen leben seltener in einer „Normalfamilie" (mit Mutter und einem Ehe- bzw. Lebenspartner). Sie leben dagegen häufiger in sonstigen Haushaltsformen (z. B. mit Großeltern, sonstigen Verwandten; Wohngemeinschaften) und vor allem häufiger bei einem alleinerziehenden Elternteil. Von den Kindern in einkommensschwachen Haushalten in den alten Bundesländern lebten 1996 69,2% in einem Paarhaushalt, 24,5% in einem Alleinerziehendenhaushalt und 6,1% in son-

stigen Haushalten. Von den Kindern in einkommensstärkeren Haushalten lebten dagegen 88,1% in einem Paarhaushalt, 6,9% in einem Alleinerziehendenhaushalt und 4,9% in sonstigen Haushalten.

Im Trendverlauf kann man erkennen, daß in den alten Bundesländern bei Kindern unter der 50-%-Schwelle der Anteil mit alleinerziehendem Elternteil zugenommen hat. Diese Zunahme geht mit einer Abnahme des Anteils von Kindern in Paarhaushalten einher. Strukturelle Veränderungen liegen in erster Linie für Kinder in einkommensschwachen Haushalten vor, obwohl auch bei Kindern über der 50-%-Schwelle eine leichte Zunahme des Anteils in Alleinerziehendenhaushalten zu erkennen ist.

Ändert man die Beobachtungsperspektive und betrachtet die Anteile von Personen unter der 50-%-Schwelle in den verschiedenen Haushaltsformen (vgl. Tabelle 10), lassen sich Rückschlüsse auf das jeweilige Risiko in einkommensschwache Positionen zu fallen, ziehen. So kann z. B. die Frage beantwortet werden, wie hoch der Anteil einer Problemgruppe (z. B. Kinder von Alleinerziehenden) ist, der in einkommensschwachen Haushalten lebt. Aus der Perspektive der Kinder (unter 18 Jahren) zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Lebensformen: Kinder in Haushalten von Alleinerziehenden, aber auch in sonstigen Haushaltsformen (meist größere Haushalte, z. B. Mehrgenerationenhaushalte), haben ein hohes Risiko, unter der 50-%-Schwelle zu liegen. In den alten Bundesländern lebten etwa 40% der Kinder in Alleinerziehendenhaushalten unter der 50-%-Schwelle zu den drei Beobachtungszeitpunkten und etwa 60% in einkommensstärkeren Positionen. Haushaltsstrukturveränderungen bei Kindern im unteren Einkommensbereich sind somit stärker auf eine Ausweitung dieser Lebensform zurückzuführen als auf eine Erhöhung des Risikos in Alleinerziehendenhaushalten unter die 50-%-Schwelle zu fallen. In der Kategorie der sonstigen Haushaltsformen (insbesondere größere Haushalte, Mehrgenerationenfamilien) ist das Risiko in einkommensschwache Bereiche zu fallen nach 1984 besonders gesunken.

Tabelle 10: Anteil von Personen (in %) in verschiedenen Haushaltsformen mit weniger als der Hälfte des durchschnittlichen Haushaltseinkommens[1]

	1984		1990				1996			
	West		West		Ost		West		Ost	
	Gesamt	unter 18 J.	Gesamt	unter 18 J.	Gesamt	unter 18 J.	Gesamt	unter 18 J.	Gesamt	unter 18 J.
1-Personen-Haushalte	8,1	-	6,9	-	3,4	-	5,4	-	4,5	-
Paare ohne Kinder	4,8	-	3,2	-	1,4	-	5,5	-	1,4	-
Paare mit Kindern	13,6	17,8	12,5	15,4	2,9	3,6	11,1	12,3	5,7	6,9
Alleinerziehende	25,9	39,1	26,6	38,6	13,8	18,6	27,4	38,8	11,1	17,9
Sonstige[2]	25,8	40,1	14,7	20,6	3,5	5,6	13,7	18,0	6,7	13,4
Gesamt	12,4	20,5	10,3	17,6	3,3	5,1	10,0	15,2	5,0	8,5

1 Personen, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (Äquivalenzeinkommen nach BSHG) zur Verfügung steht.
2 Vor allem Mehrgenerationenfamilien.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

In Ostdeutschland waren 1990, bei geringerer Einkommensungleichheit insgesamt, die Unterschiede zwischen den einzelnen Haushaltstypen weniger ausgeprägt als in Westdeutschland. In den neuen Bundesländern liegt die Armutsquote bei Kindern in Alleinerziehendenhaushalten mit etwa 18% zwar auch überdurchschnittlich hoch, aber dennoch deutlich niedriger als in den alten Bundesländern. Dabei hatten Kinder in unvollständigen Familien nach dem Beitritt zum Bundesgebiet zunächst einen besonders starken Anstieg der Armutsquote (1994: 34 %) zu verzeichnen. Der jüngste Rückgang der Quote 1996 ist allerdings bei dieser Gruppe von Kindern besonders stark ausgeprägt.

Zahl der Kinder im Haushalt

Mit zunehmender Kinderzahl ist eine Verschlechterung der materiellen Situation einer Familie zu erwarten, da zunehmende Kosten sinkenden Arbeitseinkommen gegenüberstehen. Bezüglich der Lebensbedingungen von Kindern können Unterschiede bei verschiedener Geschwisterzahl nachgewiesen werden. Insbesondere

Kinder mit vielen Geschwistern haben selten Eltern mit höherer Schulbildung oder einer höheren beruflichen Position. Eine höhere Kinderzahl geht auch mit einem erhöhten Risiko von Sozialhilfebezug einher (Bien, 1996).

Tabelle 11: Anteil der Kinder in einkommensschwachen Haushalten nach Zahl der Kinder unter 18 Jahren im Haushalt

Personenge-wichte nach	Kinderzahl im Haushalt	1984	1991		1996[2]	
		West	West	Ost	West	Ost
BSHG[1]	1 Kind	11,9	14,1	3,9	11,0	2,4
	2 Kinder	21,7	10,9	5,3	12,0	7,8
	3 Kinder (Ost 3 und mehr)[3]	33,3	17,0	11,9	22,9	26,4
	4 und mehr Kinder	51,7	51,0	-	28,6	-

1 Unter 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens pro Haushaltsmitglied; Personengewichte basieren auf den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe.
2 Mit Berücksichtigung der Zuwandererstichprobe.
3 Wegen geringer Fallzahlen in Ostdeutschland nicht weiter differenziert.

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel.

Bei zunehmender Kinderzahl im Haushalt steigt das Risiko in relative Einkommensarmut fallen (vgl. EUROSTAT, 1998, S. 145; Habich & Krause, 1997, S. 524). Aus der kindorientierten Perspektive zeigt sich folgendes: Während sich 1996 in den alten Bundesländern die Quoten bei einem oder zwei Kindern nur geringfügig unterschieden, ist ab drei Kindern im Haushalt ein deutlicher Anstieg festzustellen. Im Trendverlauf kann man jedoch folgende Veränderungen erkennen: Die Quoten sind in den alten Bundesländern im Jahr 1996 auf unter 30% gesunken, wenn vier oder mehr Kinder im Haushalt leben (1991: 51%). Gegenüber 1984 sind 1991 und 1996 auch bei 2 und 3 Kindern im Haushalt niedrigere Quoten zu beobachten. Für westdeutsche Kinder in Mehr- und Vielkindfamilien ist somit eine Veränderung in Richtung einer Verbesserung zu erkennen. Anders verläuft der Trend im ostdeutschen Transformationsprozeß. Für die neuen Bundesländer ist bei mindestens drei Kindern im Haushalt mehr als eine Verdoppelung der Quote zwischen 1991 und 1996 auf 26,4% zu erkennen. Dagegen fällt die Quote für relative Einkommensarmut bei einem und auch noch bei zwei Kindern im Haushalt vergleichsweise niedrig aus.

Schlußbemerkung

Wenn auch in den alten Bundesländern kein allgemeiner Trend zu einer deutlichen Zunahme von relativer Einkommensarmut bei Kindern seit Mitte der achtziger

Jahre zu beobachten ist, erscheint das erhöhte Ausmaß von relativer Einkommensarmut bei Minderjährigen gegenüber Erwachsenen und die ungünstige jüngste Entwicklung bei Kindern ausländischer Zuwanderer dennoch als sozialpolitisches Problem. Während sich die Situation bei Vielkindfamilien im Zeitverlauf etwas entschärft hat, ist die finanzielle Lage bei Kindern in Alleinerziehendenhaushalten weiterhin prekär. In den neuen Bundesländern ist bei steigenden Einkommen im Transformationsprozeß auch eine Annäherung an das höhere westdeutsche Niveau zu erkennen.

Die Analyse individueller Längsschnitte zeigt, daß das Absinken in einkommensschwache Positionen meist kein andauernder Zustand ist, sondern eher eine Phase im Lebensverlauf mit Übergangscharakter. Bei Kindern ist diese Phase allerdings länger andauernd als bei Erwachsenen. Fast ein Fünftel der westdeutschen Kinder mit Armutserfahrung zeigt einen durchgängigen Armutsverlauf, wohingegen dies nur auf etwa ein Zehntel der Erwachsenen mit Armutserfahrung zutrifft. Einkommensarmut resultiert nicht nur aus geringen Einkommensschwankungen, sondern geht in der Regel mit erheblichen Verlusten beim Haushaltseinkommen einher. In „Nichtarmutszeiten" befinden sich Kinder mit „Armutserfahrung" dagegen in deutlichem Abstand zur Armutsschwelle. Absinken in relative Einkommensarmut bedeutet für Kinder somit auch eine empfindliche Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen.

Literatur

Andreß, H.-J. (1996). Analysen zum unteren Einkommensbereich – Auf- und Abstiege, Ereignisse, Reaktionen und subjektives Wohlbefinden. In: W. Zapf, J. Schupp & R. Habich (Hrsg.), Lebenslagen im Wandel: Sozialberichterstattung im Längsschnitt (S. 321-347). Frankfurt/New York.

Andreß, H.-J. & Lipsmeier, G. (1995). Was gehört zum notwendigen Lebensstandard und wer kann ihn sich leisten? Ein neues Konzept zur Armutsmessung. Aus Politik und Zeitgeschichte. Bonn, B 31-32, 35-49.

Andreß, H.-J., Burkatzki, E., Lipsmeier, G., Salentin, K., Schulte, K. & Strengmann-Kuhn, W. (1996). Leben in Armut. Analysen der Verhaltensweisen armer Haushalte mit Umfragedaten. Endbericht des DFG-Projektes „Versorgungsstrategien privater Haushalte im unteren Einkommensbereich (VuE)". Bielefeld.

Beck, M. (1994). Sozialhilfeempfänger 1992. Wirtschaft und Statistik 7, 557-568.

Bedau, K.-D., Boje, J., Gladisch, D., Grunert, R., Schmidt, J. & Vortmann, H. (1992). Niveau und Struktur der verfügbaren Einkommen und des privaten Verbrauchs in den neuen Bundesländern. Beiträge zur Strukturforschung. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung in Zusammenarbeit mit dem Institut für angewandte Wirtschaftsforschung. Heft 126. Berlin.

Berntsen, R. & Rendtel, U. (1991). Zur Stabilität von Einkommensarmut im Längsschnitt. In: U. Rendtel & G. Wagner (Hrsg.), Lebenslagen im Wandel: Zur Einkommensdynamik in Deutschland seit 1984 (S. 457-487). Frankfurt/New York.

Bien, W. (1996). Familien als Sozialhilfeempfänger. In: W. Bien (Hrsg.), Familie an der Schwelle zum neuen Jahrtausend. Wandel und Entwicklung familialer Lebensformen (S. 149-154). Opladen.

Buhr, P. & Ludwig, M. (1991). Armutsdynamiken. Zeitanalysen in der Armutsforschung der USA und der Bundesrepublik Deutschland. Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf. Arbeitspapier Nr. 8. Sonderforschungsbereich 186 an der Universität Bremen.

Buhr, P. (1998). Übergangsphase oder Teufelskreis? Dauer und Folgen von Armut bei Kindern. In: A. Glocke & K. Hurrelmann (Hrsg.), Kinder und Jugendliche in Armut, Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen (S. 71-86). Wiesbaden.

Eurostat, Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaft (1995). Jahrbuch 1995. Europa im Blick der Statistik 1983-1993. Luxemburg.

Eurostat (1997). Einkommensverteilung und Armut im Europa der Zwölf - 1993. Statistik kurzgefasst, Thema 2 „Bevölkerung und soziale Bedingungen", 6. Luxemburg.

Eurostat, Directorate E – Social and Regional Statistics and Geographical Information System (1998). Living Conditions in Europe, Selected social indicators, Luxemburg.

Faik, J. (1995). Äquivalenzskalen. Theoretische Erörterung, empirische Ermittlung und verteilungsbezogene Anwendung für die Bundesrepublik Deutschland. Berlin.

Faik, J. (1996). Eine modifizierte Sozialhilfe-Äquivalenzskala als Basis für Verteilungsanalysen. Papier zum Kolloquium der Hans Böckler-Stiftung am 6. Dez. 1996. Einkommensverteilung und Armut in den alten und neuen Bundesländern. Frankfurt.

Förster, M.F. (1994). Familienarmut und Sozialpolitik – Eine vergleichende Studie von 14 OECD-Ländern. Forschungsbericht 9411. Ludwig Boltzmann Institut. Zur Analyse Wirtschaftspolitischer Aktivitäten. Walferdange/Luxembourg.

Habich, R. & Krause, P. (1997). Armut. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim: Datenreport 1997. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 340 (S. 515-525). Bonn.

Habich, R., Headey, B. & Krause, P. (1991). Armut im Reichtum – Ist die Bundesrepublik Deutschland eine Zwei-Drittel-Gesellschaft? In: U. Rendtel & G. Wagner (Hrsg.), Lebenslagen im Wandel: Zur Einkommensdynamik in Deutschland seit 1984 (S. 488-509). Frankfurt/New York.

Habich, R., Noll, H.-H. & Zapf, W. (1994). Soziale Indikatoren und Sozialberichterstattung. Internationale Erfahrungen und gegenwärtiger Forschungsstand. Avec un résumé en français. Bundesamt für Statistik. Reihe „Statistik der Schweiz". Bern.

Hagenaars, A.J.M., Vos, K. de, Zaidi, M.A. (1995). Armutsstatistik Ende der 80er Jahre: Untersuchung auf der Basis von Mikrodaten. Eurostat, Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften.

Hanesch, W., Adamy, W., Martens, R. et. al. (1994). Armut in Deutschland. Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands. Reinbek bei Hamburg.

Hanesch, W. (1995). Sozialpolitik und arbeitsmarktbedingte Armut. Strukturmängel und Reformbedarf in der sozialen Sicherung bei Arbeitslosigkeit. Aus Politik und Zeitgeschichte. Bonn, B31-32, 14-23.

Hauser, R. (1992). Die personelle Einkommensverteilung in den alten und neuen Bundesländern vor der Vereinigung – Probleme eines empirischen Vergleichs und der Abschätzung von Entwicklungstendenzen. In: G. Kleinhenz (Hrsg.), Sozialpolitik im vereinten Deutschland (S. 37-72). Berlin.

Hauser, R. (1995). Das empirische Bild der Armut in der Bundesrepublik Deutschland – ein Überblick. Aus Politik und Zeitgeschichte. Bonn, B31-32, 3-13.

Hauser, R. (1997). Armutsberichterstattung. In: H.H. Noll (Hrsg.). Sozialberichterstattung in Deutschland. Konzepte, Methoden und Ergebnisse für Lebensbereiche und Bevölkerungsgruppen (S. 19-45). Weinheim.

Hauser, R. & Berntsen, R. (1992). Einkommensarmut – Determinanten von Aufstiegen und Abstiegen. In: R. Hujer, H. Schneider & W. Zapf (Hrsg.), Herausforderungen an den Wohlfahrtsstaat im strukturellen Wandel (S. 73-97). Frankfurt/New York.

Hauser, R. & Hübinger, W. (1993a). Arme unter uns. Teil 1: Ergebnisse und Konsequenzen der Caritas-Armutsuntersuchung. Deutscher Caritasverband (Hrsg.). Freiburg.

Hauser, R. & Hübinger, W. (1993b). Arme unter uns. Teil 2: Dokumentation der Erhebungsmethoden und der Instrumente der Caritas-Armutsuntersuchung. Deutscher Caritasverband (Hrsg.). Freiburg.

Hauser, R. & Hübinger, W. (1994). Armut in den alten Bundesländern. Ihre Entwicklungstendenzen im Überblick. In: P. Kürner, R. Nafroth & Deutscher Kinderschutzbund LV Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Die vergessenen Kinder: Vernachlässigung und Armut in Deutschland (S. 31-39). Köln.

Hauser, R., Glatzer, W., Hradil, S., Kleinhenz, G., Olk, T. & Pankoke, E. (1996). Ungleichheit und Sozialpolitik. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland, Bd. 2. Opladen.

Hauser, R. (1997). Armutsberichterstattung. In: H.-H. Noll (Hrsg.), Sozialberichterstattung in Deutschland. Konzepte, Methoden und Ergebnisse für Lebensbereiche und Bevölkerungsgruppen. Weinheim/München.

Hax, H. (1997). Fixiert auf die Verteilung. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Mai 1997, (113), 15.

Headey, B., Habich, R. & Krause, P. (1990). The Duration and Extent of Poverty – Is Germany a Two-Thirds-Society? Arbeitspapier P 90-103. Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung. Wissenschaftszentrum Berlin.

Hernandez, D.J. (1993). America's children: resources from family, government, and the economy. New York.

Klein, T. (1986). Äquivalenzskalen: ein Literatursurvey. Arbeitspapier Nr. 195, Sonderforschungsbereich 3, Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik. Frankfurt.

Klein, T. & Zimmermann, G. (1991). Zur ökonomischen Mobilität von Individuen und Familien: Determinanten und Armutsrisiken. In: U. Rendtel & G. Wagner (Hrsg.), Lebenslagen im Wandel: Zur Einkommensdynamik in Deutschland seit 1984 (S. 437-456). Frankfurt/New York.

Klocke, A. & Hurrelmann, K. (1995). Armut und Gesundheit. Inwieweit sind Kinder und Jugendliche betroffen? Zeitschrift für Gesundheitswissenschaft 2. Beiheft, 139-151.

Krämer, W. (1997). Statistische Probleme bei der Armutsmessung: Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Gesundheit, Bd. 94. Baden-Baden.

Krause, P. (1992). Einkommensarmut in der Bundesrepublik Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte. Bonn, B49, 3-17.

Krause, P. (1997). Zur Messung von Einkommensarmut am Beispiel des vereinigten Deutschlands – Methodische Ansätze und empirische Analysen auf Grundlage der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Inauguraldissertation Uni Bochum.

Leibfried, S. & Voges, W. (Hrsg.) (1992). Armut im modernen Wohlfahrtsstaat. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 32. Opladen.

Leibfried, S., Leisering, L., Buhr, P., Ludwig, M., Mädje, E., Olk, T., Voges, W. & Zwick, M. (Hrsg.) (1995). Zeit der Armut. Lebensläufe im Sozialstaat. Frankfurt.

Leu, H.R. (1997). Die Familienberichte der Bundesregierung. In: H.-H. Noll (Hrsg.), Sozialberichterstattung in Deutschland, Konzepte, Methoden und Ergebnisse für Lebensbereiche und Bevölkerungsgruppen (S. 73-92). Weinheim/München.

Löwenbein, O. & Rendtel, U. (1991). Selektivität und Panelanalyse. In: U. Rendtel & G. Wagner (Hrsg.), Lebenslagen im Wandel: Zur Einkommensdynamik in Deutschland seit 1984 (S. 156-187). Frankfurt/New York.

Ludwig, M., Leisering, L. & Buhr, P. (1995). Armut verstehen. Betrachtungen vor dem Hintergrund der Bremer Langzeitstudie. Aus Politik und Zeitgeschichte. Bonn, B31-32, 24-34.

Müller, K., Hauser, R., Frick, J. & Wagner, G. (1995). Zur Stabilität von Einkommensarmut im Längsschnitt. In: U. Rendtel & G. Wagner (Hrsg.) (1991), Lebenslagen im Wandel:

Zur Einkommensdynamik in Deutschland seit 1984. Frankfurt/New York.
Müller, K., Hauser, R., Frick, J., Wagner, G. (1995). Zur Entwicklung der Einkommensverteilung und der Einkommenszufriedenheit in den neuen und alten Bundesländern 1990 bis 1993. In: W. Glatzer & H.-H. Noll (Hrsg.), Getrennt vereint, Lebensverhältnisse in Deutschland seit der Wiedervereinigung (S. 73-108). Frankfurt/New York.
Nauck, B. (1995). Lebensbedingungen von Kindern in Einzelkind-, Mehrkind- und Vielkindfamilien. In: B. Nauck & H. Bertram (Hrsg.), Kinder in Deutschland, Lebensverhältnisse von Kindern im Regionalvergleich (S.137-169). Opladen.
Nauck, B. (1997). Sozialberichterstattung zu den Lebensverhältnissen von Kindern. In: H.-H. Noll (Hrsg.), Sozialberichterstattung in Deutschland, Konzepte, Methoden und Ergebnisse für Lebensbereiche und Bevölkerungsgruppen (S. 167-194). Weinheim/München.
Projektgruppe Sozio-ökonomisches Panel (1995). Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) im Jahre 1994. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 64, 5-15.
Rainwater, L. & Smeeding, T.M. (1995). Doing Poorly: The Real Income of American Children in a Comparative Perspective. Luxembourg Income Study, Working Paper No. 127.
Schmidt, P. & Weick, S. (1998). Starke Zunahme von Kontakten und Ehen zwischen Deutschen und Ausländern. ISI Informationsdienst Soziale Indikatoren, 19. ZUMA-Publikation, Mannheim, 1-5.
Schöb, A. (1997). Enwicklungschancen von Kindern in einkommensschwachen Haushalten. Eine empirische Untersuchung von Bildungsentscheidungen mit Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP). Diplomarbeit: Mannheim.
Schupp, J. & Wagner, G. (1995). Die Zuwanderer-Stichprobe des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP). Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 64, (1), 16-25.
Seewald, H. (1997). Sozialhilfeempfänger und Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleitungsgesetz 1995. Wirtschaft und Statistik, 10, 720-726.
Statistisches Bundesamt (April/Mai 98): Zahlen – Fakten – Trends, Monatlicher Pressedienst des Statistischen Bundesamtes. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wiesbaden.
Weick, S. (1995). Unerwartet geringe Zunahme der Einkommensungleichheit in Ostdeutschland. Informationsdienst Soziale Indikatoren 14, 6-9.
Weick, S. (1996a). Zunehmende Kinderarmut in Deutschland? Studie zur Kinderarmut im Vergleich: 1984 und 1994. ISI Informationsdienst Soziale Indikatoren, 15. ZUMA-Publikation, Mannheim, 1-3.
Weick, S. (1996b). Zuwanderer in Deutschland optimistisch. Untersuchung zu Lebensbedingungen. Integration und Zufriedenheit bei Migranten. Informationsdienst Soziale Indikatoren, 16. ZUMA-Publikation, Mannheim, 1-4.
Weick, S. (1997). Familie. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 1997. Bonn, 668-680.
Weick, S. (1998). Einkommensungleichheit. In: M. Braun, P.P. Mohler (Hrsg.), Blickpunkt Gesellschaft 4, Soziale Ungleicheit in Deutschland (S. 13-41). Opladen/Wiesbaden.
Zapf, W. & Mau, S. (1993). Eine demographische Revolution in Ostdeutschland. Informationsdienst Soziale Indiaktoren 10, 1-5.
Zimmermann, G.E. (1998). Formen von Armut und Unterversorgung im Kindes- und Jugendalter. In: A. Glocke & K. Hurrelmann (Hrsg.), Kinder und Jugendliche in Armut, Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen (S. 51-71). Wiesbaden.

Anschrift des Autors:

Dipl.-Soz. Stefan Weick
ZUMA Abteilung Soziale Indikatoren
B 2,1
68159 Mannheim